

Gute Bildung für alle!

Gegen den Bildungsabbau an den Hochschulen

Der Bildungsstreik hat viel in Bewegung gesetzt: In Bamberg wurden die Studiengebühren um 100 Euro gesenkt. An sechs Hochschulen wurden die Anwesenheitslisten abgeschafft. Die Kultusminister wollen die Arbeitsbelastung in den neuen Studiengängen senken.

Die wichtigsten Forderungen des Bildungsstreiks bleiben jedoch unerfüllt: Noch immer halten Studiengebühren viele Jugendliche vom Studieren ab. Das Masterstudium steht nicht allen Bachelor-Absolventen offen. Und es herrscht ein enormer Mangel an Professorinnen und Professoren. Die Demokratie in den Hochschulen wird immer mehr beschnitten: Gewählte Studierendenvertretungen haben einen geringen Einfluss auf die Entscheidungen der Hochschulleitungen.

Union und FDP stecken erneut hunderte Milliarden Euro in Rettungspakete, von denen vor allem Banken profitieren, während die Erhöhung des BAföG für das kommende Semester verhindert wird und alleine die hessischen Hochschulen 30 Millionen Euro einsparen müssen.

DIE LINKE fordert, die öffentlichen Ausgaben für Bildung in einem ersten Schritt auf mindestens sieben Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen. Das bedeutet jährliche zusätzliche Ausgaben von mindestens 40 Milliarden Euro für Bund, Länder und Kommunen. Insbesondere das BAföG und der Hochschulpakt von Bund und Ländern müssen ausgebaut werden, damit mehr junge Menschen studieren können. Außerdem muss viel mehr Lehrpersonal eingestellt werden, damit nicht länger bis zu 90 Studierende von einem Professor betreut werden.

DIE LINKE fordert, dass ein gutes und erfolgreiches Studium nicht länger eine Frage des Geldbeutels der Eltern ist. Studiengebühren jeglicher Art müssen abgeschafft werden, das BAföG zu einem bedarfsdeckenden Vollzuschuss ausgebaut und die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger deutlich ausgeweitet werden.

DIE LINKE kämpft für eine freie Wissenschaft mit gesamtgesellschaftlicher Verantwortung - unabhängig von wirtschaftlicher Verwertungslogik - und für die Einheit von Forschung und Lehre, die durch den Bologna-Prozess und die Exzellenzinitiative weiter abgebaut wurde.

DIE LINKE fordert den freien Zugang zum Masterstudium für alle Bachelor-Absolventen und die bedarfsdeckende Einrichtung von zusätzlichen Master-Studiengängen.

Die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung reagieren nur auf Druck. Nachdem in Hessen zehntausende Studierende aktiv gegen Studiengebühren gekämpft haben, wurden sie wieder abgeschafft. Selbst der CDU-Hardliner Roland Koch hat sich nicht getraut, sie wieder einzuführen, weil er keine Unruhen provozieren will.

Deshalb unterstützt DIE LINKE die Forderungen und Aktionen des Bildungsstreiks und wird sie weiterhin in den Parlamenten thematisieren, um die Verantwortlichen direkt zu konfrontieren.

www.linksfraktion.de/bildungsstreik

